

KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom
Kantonsratspräsidentin

7. September 2026
Lüthold Angela

P 868 Postulat Boos-Braun Sibylle und Mit. über die Prüfung einer Schnellbuslinie Malters–Seetalplatz / Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement

Das Postulat P 868 wurde auf die September-Session hin dringlich eingereicht. Der Regierungsrat lehnt die dringliche Behandlung ab. Sibylle Boos-Braun hält an der Dringlichkeit fest.

Sibylle Boos-Braun: Meines Erachtens sind die Dringlichkeitskriterien erfüllt. Die Schnellbuslinie ist von hohem politischem Gewicht. Mit dem Bezug des neuen kantonalen Verwaltungsgebäudes am Seetalplatz (KVSE) in den nächsten Monaten entstehen neue Pendler- und Besucherströme. Leider fehlt eine Direktverbindung aus dem gesamten Hinterland Willisau–Entlebuch via Malters zum Seetalplatz. Die Pendler müssen über den Bahnhof Luzern fahren und werden deshalb wahrscheinlich das Auto vorziehen. Wir wissen aber, dass am neuen Standort nur wenig Parkplätze vorhanden sind. Eine rasche Behandlung des Postulats ist nötig, damit die Prüfung einer Schnellbusverbindung in die nächste Angebotsplanung einfließen kann. Das Anliegen kann nicht bei einem ordentlich traktandierten Geschäft eingebracht werden und tangiert kein laufendes Verfahren. Die politische Zuständigkeit des Kantons ist gegeben. Die Angebotsplanung des öffentlichen Verkehrs (öV) erfolgt zwar durch den Verkehrsverbund Luzern (VVL), aber der Regierungsrat kann durch seine Steuerungs- und Aufsichtsfunktion gegenüber dem VVL die Angebotsplanung steuern. Darum geht es im Postulat. Ich bitte Sie, der dringlichen Behandlung zuzustimmen.

Guido Roos: Der Kanton setzt im KVSE darauf, dass die Mitarbeitenden den öV nutzen. Unser Rat diskutiert oft darüber, was der Kanton tun muss, um ein attraktiver Arbeitgeber zu sein. Aus allen Regionen gut erschlossen zu sein, gehört ebenfalls zur Attraktivität eines Arbeitgebers. Aufgrund dieser Überlegungen und der Ausführungen von Sibylle Boos-Braun stimmt die Mitte-Fraktion der Dringlichkeit zu.

Laura Spring: Die Grüne Fraktion lehnt die Dringlichkeit ab. Das Anliegen wurde im Verbundrat mehrmals geprüft, die Kommission Verkehr und Bau (VBK) wurde über die Gründe informiert. Wenn wir als Rat eine solche Linie bestellen wollen, müssten wir fairerweise im Programm Gesamtmobilität entsprechende Kürzungen vornehmen. Wir als Rat beschränken den Finanztopf. Wenn wir den Verbundrat dazu zwingen, Linien zu betreiben, die er aus finanziellen Gründen nicht rentieren, braucht es mehr Massnahmen. Der Bus wird im Stau stehen und die Pendelnden werden mit dem Auto fahren. Wir lösen damit also keine Probleme und erschliessen auch das KVSE nicht besser. Es braucht zudem Massnahmen auf den Strassen, damit der Bus nicht im Stau steht. Dafür hat unser Rat keine Mittel gesprochen und wird auch im Programm Gesamtmobilität keine Mittel sprechen.

Für den Regierungsrat spricht Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor Fabian Peter.

Fabian Peter: Wir bitten Sie, die Dringlichkeit abzulehnen. Die Dringlichkeitskriterien Ihres Rates sind aus unserer Sicht nicht erfüllt. Die Präsidentin der VBK hat soeben erwähnt, dass auch beim Programm Gesamtmobilität entsprechende Anträge vorlagen. Die Zuständigkeit liegt zudem beim VVL.

Der Rat lehnt die dringliche Behandlung mit 68 zu 47 Stimmen ab. Die nötige Zweidrittelmehrheit wurde nicht erreicht.